

**Anlage 11 Verpflichtungserklärung Sanktionspaket Russland Bezug
entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8.4.2022
zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Los 3)**

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentliche Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 **nicht** an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als 10 (zehn) Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a) zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a) und/oder b) zutreffen.

Uns ist bekannt, dass es sich beim WDR um einen öffentlichen Auftraggeber handelt, der zur Umsetzung der o.g. Verordnung verpflichtet ist. Insofern bestätigen wir, dass für unser Unternehmen keiner der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Darüber hinaus bestätigen wir , dass wir keine in den Buchstaben a) bis c) genannten Unternehmen und/oder Personen als Unterauftragnehmer, Eignungsverleiher oder Lieferanten beteiligen werden (soweit mehr als 10% des Gesamtauftragswertes inkl. MwSt. auf das Unternehmen oder die Person entfallen).

Ort, Datum

Name